

zfsö

ZEITSCHRIFT FÜR SOZIALÖKONOMIE

- Christoph Deutschmann **3** Der kollektive Buddenbrooks-Effekt – Sozialstrukturelle Hintergründe der Wirtschaftskrise
- Ferdinand Wenzlaff **11** Vorläufer der Geldreform
- Daniel Pavlic **18** Die sozial-liberale Wirtschaftsordnung nach Maurice Allais
- Helmut Creutz **24** Geldschöpfung in öffentlicher Hand – Gedanken zum gleichnamigen Buch von Joseph Huber & James Robertson
- Dirk Löhr **40** Vollgeld, Freigeld und Assetpreisinflationen
- Fabian Thiel **55** „Landgrabbing“ – und was dagegen zu tun ist
- Dirk Lambach **60** Betriebliche Partnerschaft als unternehmerisches und gesellschaftliches Konzept
- 63** Bücher – Personalie – Veranstaltungen

Herausgeber: Stiftung für Reform der Geld- und Bodenordnung in Zusammenarbeit mit der Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft 1950 e.V.

Verlag: Gauke GmbH – Verlag für Sozialökonomie
Hofholzallee 67, 24109 Kiel
Telefon: 0431-6793650 | Telefax: 0431-6793651
eMail: versand@gauke.de
www.gauke.net | www.sozialoekonomie.de

Jahresabonnement

(4 Folgen, derzeit 2 Doppelfolgen jährlich):
20,00 EURO incl. MWSt. und Porto.

Ermäßigttes Jahresabonnement:

Schüler, Auszubildende, Studenten & Erwerbslose
bei entsprechendem Nachweis
15,00 EURO incl. MWSt. und Porto.
Abonnements verlängern sich automatisch um ein
Jahr, wenn sie nicht bis 4 Wochen vor Ablauf des
Bezugszeitraums gekündigt werden.

Zahlungen stets erst nach Erhalt einer Rechnung!

Einzelhefte:

Alle lieferbaren Einzelhefte finden Sie im
SOZIALÖKONOMIE-SHOP [www.sozialoekonomie.de].
Die Preise liegen zwischen 2,00 und 5,00 EURO.
Für größere Abnahmemengen gibt es Staffelpreise.

Redaktion: Dipl. Ökonom Werner Onken
— verantwortlich —
Salbeistr. 27, 26129 Oldenburg
Telefon: 0441 - 36 111 797 [AB]
eMail: onken@sozialoekonomie.info

Redaktionsschluss: Ende Februar bzw. Ende August
für die jeweils im April bzw. Oktober
erscheinenden Doppelhefte.

Gewinnabsichten sind mit der Herausgabe nicht
verbunden.

Die Zeitschrift dient dem Meinungs- und
Gedankenaustausch über
gesellschaftliche und wirtschaftliche Zeitfragen.

**Für den Inhalt der Beiträge sind die Autoren
selbst verantwortlich.**

Nachdruck nur mit Genehmigung des Verlages.

Für unverlangte Manuskriptensendungen wird
keine Haftung übernommen.

Die Texte in unserer Zeitschrift sind hinsichtlich
der Rechtschreibung leider vorläufig noch genauso
unterschiedlich wie die derzeitige diesbezügliche
Situation im deutschsprachigen Raum.
Wir bitten Sie um Verständnis dafür.

© Copyright by
Sozialwissenschaftliche Gesellschaft 1950 e. V.,
Hamburg
Printed in Germany

"Stiftung für Reform der Geld- und Bodenordnung"

1. Vorsitzender: Ass. jur. Fritz Andres
Dhaunerstr. 180, 55606 Kirn
Telefon/Telefax: 0 67 52-24 27
eMail: fritz.andres@gmx.de

2. Vorsitzender: Dipl.-Kfm. Thomas Betz, Berlin
www.stiftung-geld-boden.de

Die "Stiftung für Reform der Geld- und Bodenordnung" wurde 1973 als "Stiftung für persönliche Freiheit und soziale Sicherheit" gegründet und erhielt 1997 ihren jetzigen Namen. Sie hat ihren Sitz in Hamburg und wurde vom Hamburger Senat als gemeinnützig anerkannt.

§ 2 ihrer Satzung lautet: "Die Stiftung fördert die Wissenschaft auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Sozialpolitik, insbesondere in bezug auf das überkommene Geldwesen und ein modernes Bodenrecht. Sie verbreitet die Ergebnisse ihrer Forschung durch Wort und Schrift. Sie unterstützt gleichgerichtete, als gemeinnützig anerkannte Einrichtungen."

"Sozialwissenschaftliche Gesellschaft 1950 e.V."

1. Vorsitzender: Prof. Dr. Dirk Löhner

2. Vorsitzender und Geschäftsführer:
Dipl.-Volkswirt Ass. jur. Jörg Gude

Geschäftsstelle:
Wiedel 13, 48565 Steinfurt
eMail: joerggude@aol.com

www.sozialwissenschaftliche-gesellschaft.de

Gesellschafts- und wirtschaftspolitischer Erkenntnisgewinn wird bislang noch vielfach durch mächtige Gruppeninteressen und in zunehmendem Maße auch durch rechts- und linksextremistische Ideologien fehlgeleitet. Im Gegensatz dazu hat sich die Sozialwissenschaftliche Gesellschaft das Ziel gesetzt, ordnungspolitische Grundlagen für eine sozial- und umweltverträgliche Marktwirtschaft sowie für eine freiheitliche Demokratie zu erarbeiten. Sie bekennt sich zu den Grundsätzen:

- der Respektierung der Würde und Rechte aller Menschen unabhängig von ihrer Herkunft, Hautfarbe und Religion,
- der Freiheit und sozialen Gerechtigkeit im Rahmen der Verantwortung eines jeden Menschen für sich und die Allgemeinheit,
- des Eigentums an selbst erarbeiteten Gütern,
- einer freien, weder durch Monopole und Machtinteressen noch durch protektionistische Schranken verfälschten Marktwirtschaft,
- der Achtung vor der natürlichen Umwelt als einem Gemeinschaftsgut,
- der Verständigung zwischen Menschen und Völkern in einer weltoffenen Zivilgesellschaft,
- des Strebens nach innerem und äußerem Frieden.



Liebe Leserin und lieber Leser,

trotz gegenteiliger historischer Erfahrungen galt lange Zeit als sicher, dass Staaten nicht in Konkurs gehen können. Nachdem sie nun aber gigantische Rettungsschirme über Banken und Konzerne aufgespannt haben, geraten sie ins Schlingern. Staaten wie Portugal, Irland, Griechenland oder Spanien werden an den Pranger gestellt. Überschuldet sind jedoch auch andere Staaten, die sich als Retter gebärden. Auch der viel gescholtene Euro spielt dabei nur eine sekundäre Rolle. Schließlich hat auch England riesige Schulden und kürzlich gab es Warnungen vor einer Staatspleite der USA. Wer könnte überhaupt noch einen riesengroßen Rettungsschirm über der in Unordnung geratenen Weltwirtschaft tragen, wenn die Retter auch selbst rettungsbedürftig sind?

Im Dschungel der vielen makroökonomischen Schief lagen übersehen Wissenschaft und Politik eine Wurzel der ganzen Misere: nämlich ordnungspolitische Versäumnisse im Bereich der Strukturen des Geldes – innerhalb einzelner Länder und auch auf globaler Ebene. Auf der Mikroebene wird jede einzelne wirtschaftliche Transaktion dadurch in ihrer inneren Balance gestört, dass in unserer sog. Leistungsgesellschaft außer der menschlichen Arbeit und der Entnahme von Ressourcen aus der Natur (die beide zu gering bewertet werden) auch noch leistungsfremde Kostenfaktoren in die Preisbildung einfließen – nämlich die Bodenrente und die Verzinsung des auf allen Produktionsstufen eingesetzten Kapitals. Wenn Milliarden und Abermilliarden Transaktionen auf den Märkten tagein tagaus in ihrem tiefsten Inneren gestört werden, kann es nicht ausbleiben, dass diese kleinen Haarrisse in den Grundfesten der Gesellschaft sich im Laufe der Zeit zunächst unmerklich und irgendwann ‚ganz plötzlich‘ zu gigantischen Ungleichgewichten aufsummieren, dass die Polarisierung von Geldvermögen und Schulden fortschreitet und die Mittel-

schichten sich schleichend auflösen – innerhalb einzelner Länder als auch weltweit.

Ein Gesamtgleichgewicht innerhalb einzelner Länder und in der gesamten Weltwirtschaft setzt eine ordnungspolitische Reform voraus, welche die Boden- und Ressourcenrente an die Allgemeinheit zurückverteilt und das durchschnittliche Zinsniveau gegen Null sinken lässt. Auf längere Sicht entstünde dann eine auf Freiheit, Gleichheit und Geschwisterlichkeit beruhende Bürgergesellschaft ohne Reichtum und Armut. Dies mag gegenwärtig noch als ferne Utopie erscheinen; doch ist es angesichts des Durcheinanders in der Welt notwendig, beizeiten mit ihrer theoretischen Wegbereitung zu beginnen, bevor ein noch größeres Chaos entsteht und klares Denken unmöglich wird.

Als ein Schritt auf dem Weg zu einer besseren Geldordnung wird das „Vollgeld“ diskutiert, das Joseph Huber aufbauend auf Irving Fishers „100%-Money“ aus den 1930er Jahren entwickelt hat. Seitdem sich Hans Chr. Binswanger der Forderung nach einem Vollgeld angeschlossen hat, fand sie einige prominente Befürworter in Wissenschaft und Politik – und sogar in der „Börsenzeitung“ (Stephan Balling „Ordnung in der Geldpolitik“ am 31.12.2010)

Vollgeld könnte die Emission des Geldes besser ordnen als bisher, aber es würde noch nicht die innere Struktur des emittierten Geldes ändern. Deshalb müsste eine Reform des Geldes hinzukommen, welche auch das Geld in seiner Struktur gerechter gestaltet. Im Anschluss an eine Erinnerung an ältere und neuere Geldreformer setzen sich Helmut Creutz und Dirk Lühr im vorliegenden Heft eingehend mit dem Vollgeld-Vorschlag auseinander und begründen auch die Notwendigkeit einer Verbindung mit dem zeitgemäß weiterentwickelten Grundgedanken des Freigeldes.

Werner Onken

Durch die Finanzmarktkrise zur entscheidenden Zukunftsfrage

„Die Finanzmarktkrise hat elementare Basissätze unseres Alltagsverständes in Frage gestellt: Kompetente Bankdirektoren, Weltklassemanager, verantwortungsvolle Regulatoren und nicht korrumpierbare Rating-Agenturen erwiesen sich als entzauberte Köche toxischer Suppen. Die Frage ist, ob das Bedürfnis nach schneller Wiederherstellung des Urvertrauens und Angstvermeidung größer ist als eine konsequente Aufarbeitung. ...

Die Strategie, über exorbitante Verschuldung die verteilungspolitische Schieflage zu verdecken und den transatlantischen Traum des Wohlstands für alle weiter zu träumen, hat sich mit der Finanzmarktkrise erledigt. Grundlegende gesellschaftspolitische Weichenstellungen stehen nicht nur in der westlichen Hemisphäre an. ...

Wie kann ein Wirtschaftssystem überleben, das angesichts positiver Zinssätze und mit Vermögenswerten, die Rendite abwerfen sollen, was letztlich nur durch Erlöse aus der Realsphäre geleistet werden kann, ein System also, das auf Wachstum angelegt ist, mit den Erfordernissen der Ökosphäre harmonieren, die stetiges Wachstum nicht mehr trägt? ...

Wachstum ist das magische Konzept, das Finanz- und Umweltkrisen nach dem Prinzip ‚Weiter wie bisher ohne Rücksicht auf Verluste‘ verbindet. Der Tanz muss weitergehen, solange die Musik spielt. Nach uns die Sintflut. ...

Die entscheidende Zukunftsfrage der Finanzmärkte lautet: Ist eine Geldordnung in einer arbeitsteiligen Wirtschaft ohne positive Zinssätze möglich? ... Wie kann man auf Dauer ein solides Finanzsystem konstruieren, das nicht eigendynamisch durch den (Zinnes)Zins auf ständige Expansion angelegt ist? ...

Die meisten Staaten häufen Schulden an, von denen sie bestenfalls die Zinsen bedienen können. Im Finanzsektor bauen sich sachlogische Verschuldungskaskaden auf und im Realsektor lebt die Menschheit seit langem von der Substanz des ‚Naturkapitals‘. Das an dieser Stelle nicht zu lösende Kunststück der Wirtschaftspolitik wird darin bestehen, eine Vollbeschäftigung neuen Typs (bei Null- oder sogar Negativwachstum) realisieren zu müssen. Hier zeigt sich die enge Wahlverwandtschaft der Probleme des Realsektors und der Geld- und Finanzsphäre: Über den Zins ist die Geldsphäre genauso wie die Realsphäre auf exponentielles Wachstum angelegt und in beiden Sektoren treten wachstumsbedingte Strukturprobleme auf. ... Die Gretchenfragen lauten: Wie hätte ein zu einer nicht mehr unter Wachstumszwang stehenden Wirtschaft und Gesellschaft korrespondierendes Geldsystem auszusehen? Langen hierbei von der Geldseite her der 100%-Plan und die anderen Reformvorschläge? Was müsste hinzukommen? Kann ein modernes Geldsystem ohne exponentielle Verschuldung (als Kehrwert eines positiven Zinssatzes) und kann eine privatwirtschaftliche, auf Gewinn ausgerichtete Marktwirtschaft in einer stationären oder – wenn man den Schwellenländern etwas mehr als bisher gönnen will – schrumpfenden Wirtschaft überleben?“

Prof. Dr. Helge Peukert, Die große Finanzmarktkrise –
Eine staatswissenschaftlich-soziologische Untersuchung, Marburg 2010, S. 24, 32, 42-43 und 500-510.